



Auf Grund der Diskussion in der letzten Sitzung des Hauptausschusses am 27.11.2008 schlägt BM Herr Hasenberg vor, die Tagesordnung um den TOP 6) in nichtöffentlicher Sitzung „Vergabe“ zu erweitern.

AM Herr Dobersch beantragt für die CDU-Fraktion, diesen TOP vorzuziehen und zu Beginn der Tagesordnung abzuhandeln.

Nach kurzer Diskussion stellt BM Herr Hasenberg Einvernehmen fest, den TOP als TOP 1) abzuhandeln; der bisherige TOP 1) „Einwohneranfragen“ soll als TOP 1.1) beraten werden.

Weitere Anträge auf Änderung / Erweiterung der TO werden nicht gestellt, so dass BM Herr Hasenberg über die vorliegende TO unter Berücksichtigung der Erweiterung um TOP 1) - nichtöffentlich - abstimmen lassen kann:

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anschließend stellt BM Herr Hasenberg um 14.10 Uhr die Nichtöffentlichkeit her; nach Beschlussfassung wird um 14.50 Uhr der öffentliche Teil der Sitzung eröffnet.

Vor der Sitzung wurden folgende Unterlagen verteilt :

Niederschriften

HauptA Nr. 7/08 vom 27.11.2008

JHA Nr. 6/08 vom 19.11.2008

AGSO Nr. 5/08 vom 20.11.2008

VerwRat Stadtbetrieb Nr. 6/08 vom 20.11.2008

Einladung

VerwRat Stadtbetrieb Nr. 07/08 für den 11.12.2008

In der Zeit von 17.30 Uhr bis 18.03 Uhr wird eine Sitzungspause eingelegt.

Ende der Sitzung: 21.25 Uhr

Diese Niederschrift besteht aus 20 Seiten.

Hasenberg  
Bürgermeister

Pfitzner  
Schriftführer

- H – 8 / 1.1. – 04.12.2008 -  
Einwohneranfragen

---

K E I N E

- H – 8 / 2. – 04.12.2008 -  
Haushaltssatzung und Stellenplan 2009  
Drucksache Nr. 81 / 08

---

- H – 8 / 3. – 04.12.2008 -  
Haushaltssicherungskonzept 2009 - 2014  
Drucksache Nr. 82 / 08

---

BM Herr Hasenberg ruft diese TOP gemeinsam zur Beratung auf.

FBL Herr Sell verteilt an alle AM eine Aufstellung zu den „Grundstückserlösen 2009 bis 2012“ (Anlage 1 zu diesem TOP).

Die CDU beantragt zum Finanzplan (Seite 22 Nr. 19) „Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen“ den Ansatz auf 2.621.670,00 € festzusetzen.

<b><u>Abstimmungsergebnis :</u></b>	dafür	5	Stimmen
	dagegen	13	Stimmen
		-	Stimmenthaltung

Die GRÜNEN beantragen zu Produkt 01.01.01 (Seite 28), die Ratssitzungen demnächst im Sitzungssaal des Rathauses durchzuführen. BM Herr Hasenberg und FDL Herr Pfitzner weisen auf die räumlichen und organisatorischen Probleme hin. Darauf hin ziehen die GRÜNEN ihren Antrag zurück.

Die SPD beantragt zu Produkt 01.01.03 (Seite 36, Nr. 13), die Repräsentationskosten ab 2009 um jährlich 1.000,00 € auf 4.000,00 € anzuheben.

<b><u>Abstimmungsergebnis :</u></b>	einstimmig
-------------------------------------	------------

Die GRÜNEN beantragen zu Produkt 01.03.03 (Seite 64), die Druckerei zu schließen. Die Schnellervielfältigung soll aufrecht erhalten bleiben; die Druck- und Sortiermaschinen sollen veräußert werden.

SPD- und FDP-Fraktion erklären, dass sie die Wirtschaftlichkeit vordergründig sehen und unterstellen, dass die Verwaltung von sich aus die notwendigen Überlegungen zur Beibehaltung dieser Maschinen angestellt habe. Die BFW-Fraktion erklärt, dass sie in dem Antrag der GRÜNEN ein Eingriff in die Organisationsgewalt des Bürgermeisters sehe und nicht zustimmen werde.

<b><u>Abstimmungsergebnis :</u></b>	dafür	7	Stimmen
	dagegen	11	Stimmen
		-	Stimmenthaltung

Die GRÜNEN beantragen zu Produkt 01.08.01 (Seite 105), die Projekte „Sunderweg“ und „Am Stork“ aufzugeben und aus dem Bereich der „Unbebauten Grundstücke“ zu streichen.

<b><u>Abstimmungsergebnis :</u></b>	dafür	2	Stimmen
	dagegen	16	Stimmen
		-	Stimmenthaltung

Die GRÜNEN beantragen zu Produkt 01.08.01 (Seite 105), das Projekt „Spielplatz Poststraße“ zu streichen.

Nach Diskussion besteht Einvernehmen, zwar die betragliche Festsetzung zu belassen, jedoch keine Objektbezeichnung aufzunehmen. Bevor eine Festlegung auf ein Objekt erfolgt, soll zunächst das Votum des „Unterausschusses Kinderspielplätze“ abgewartet werden.

**Abstimmungsergebnis :** einstimmig

**Haushaltssicherungskonzept :**

Die CDU beantragt zu Produkt 01.08.02 :

Die Verwaltung möge prüfen, welche städtischen Gebäude veräußert werden können. Entsprechend soll dann die Reduktion der Unterhaltungskosten vorgenommen werden.

**Abstimmungsergebnis :**

dafür	7	Stimmen
dagegen	11	Stimmen
	-	Stimmenthaltung

Die GRÜNEN beantragen zu Produkt 01.08.02 (Seite 115), die Investitionen Nr. 10 (Sanierung Verwaltungsgebäude Wilhelmstraße) und Nr. 11 (Sanierung Verwaltungsgebäude Bornstraße) zu streichen, bis das Gebäudekonzept (Krankenhaus) vorliegt.

**Abstimmungsergebnis :**

dafür	2	Stimmen
dagegen	16	Stimmen
	-	Stimmenthaltung

**Protokollnotiz :**

Die BFW-Fraktion erklärt, dass sie das Nichtdurchführen dieser Investitionsmaßnahmen für verantwortungslos halte.

Die GRÜNEN beantragen zu Produkt 01.08.02 (Seite 112, Zeile 8) die Verbuchung von „Aktivierten Eigenleistungen“ für Bauleitplanung aufzunehmen. Nachdem FBL Herr Wagener erklärt, dass man es jetzt noch so belassen und den NKF-Abschluss im kommenden Jahr abwarten solle, ziehen die GRÜNEN ihren Antrag zurück.

Die GRÜNEN beantragen zu Produkt 02.01.02 (Seite 132, Zeile 11) die „Personal-aufwendungen für die Verkehrsüberwachung“ auf den alten Stand abzusenken. FBL Herr Wagener erklärt, dass die Erhöhung der Kosten auf eine neue prozentuale Aufschlüsselung zurückzuführen sei; insgesamt entstünden keine Personalmehrkosten. Darauf hin ziehen die GRÜNEN ihren Antrag zurück.

Die GRÜNEN bitten um Aufschlüsselung der Kosten für die Wahlen (Seite 153, Ziffer 13). FDL Herr Pfitzner erklärt, dass die Information im Protokoll aufgenommen werde.

**Hinweis der Verwaltung:**

Die Kosten der Planung teilen sich wie folgt auf :

Bundestagswahl und Europawahl je 20.000 €; Kommunalwahlen 30.000 € : gesamt 70.000 €  
Eine Nachkalkulation hat ergeben, dass hier eine Minderung um 15.000 € möglich ist, da bei der Kalkulation noch die BM-Stichwahl berücksichtigt wurde. Die neuen Ansätze sind :  
Bundestagswahl und Europawahl je 16.500 €; Kommunalwahlen 22.000 € : gesamt 55.000 €  
Dagegen stehen noch Erstattungen in Höhe von 27.000 € (ca. 13.500 für BTW und EuW).

Die GRÜNEN fragen zu Produkt 02.04.01 (Seite 157, Zeile 11) nach, wo die von der Stadt für das Seefest gezahlte Summe an die Feuerwehr verbucht werde.

Hinweis der Verwaltung:

Die vom Stadtmarketing e. V. gezahlte Summe ( für Auf- und Abbau der Strom- und Wasserzuleitungen einschl. Transport ) an die Feuerwehr wird nicht im städtischen Haushalt verbucht. Die Auszahlung erfolgte von dort direkt an den Löschzug Alt-Wetter.

Die GRÜNEN regen zu Produkt 02.04.01 (Seite 160) „Feuerschutz“ an, dass die Verwaltung prüfen möge, ob es zur Ersatzbeschaffung der Drehleiter eine Alternative ( z.B. Hydraulikmast, Kooperation mit anderen Städten) gebe.

Die GRÜNEN beantragen zu Produkt 02.04.01 (Seite 160, Ziffer 14), die Umbaukosten für das Feuerwehrgerätehaus Volmarstein zu streichen.

<b><u>Abstimmungsergebnis :</u></b>	dafür	2	Stimmen
	dagegen	16	Stimmen
		-	Stimmenthaltung

Die GRÜNEN beantragen zu Produkt 02.04.01 (Seite 161, Ziffer 113), die Umbaukosten für das Feuerwehrgerätehaus Voßhöfen zu streichen.

<b><u>Abstimmungsergebnis :</u></b>	dafür	2	Stimmen
	dagegen	16	Stimmen
		-	Stimmenthaltung

Protokollnotiz :

AM Herr Holland erklärt ausdrücklich, dass es ihm bei der Durchführung der Maßnahmen nicht um die Geselligkeit in den Löschgruppen gehe.

**Haushaltssicherungskonzept :**

Die CDU beantragt zu Produkt 03, Ziffer 10, die „Reduktion im Primarbereich“ zu streichen. Die SPD-Fraktion erklärt, dass man es bei der Einsparung belassen solle, um den Sparwillen öffentlich zu bekunden.

Abstimmung über den CDU-Antrag :

<b><u>Abstimmungsergebnis :</u></b>	dafür	7	Stimmen
	dagegen	11	Stimmen
		-	Stimmenthaltung

Die GRÜNEN beantragen zu Produkt 03.01.01 (Seite 177), die Kosten für die Brandschutztreppen in der Kath. Grundschule (110.000 €) und in der GGS Alt-Wetter (100.000 €) insgesamt in 2009 aufzunehmen. Der Haushaltsansatz soll auf 210.000 € festgesetzt werden.

<b><u>Abstimmungsergebnis :</u></b>	dafür	2	Stimmen
	dagegen	14	Stimmen
		1	Stimmenthaltung

Hinweis :

Das AM Herr Gräfer hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Auf die Anfrage der GRÜNEN zu Produkt 03.01.05 „GGS Esborn“ (Seite 198), wie viel Miete der Kindergarten Esborn an die Stadt zahle, erklärt FBL Frau Wiese, dass die Überlassung der Räume vertraglich geregelt sei und sie diese Frage in der Sitzung des Rates beantworten werde.

Zur Produktgruppe 03.01.12 „Turnhallen“ stellen die GRÜNEN fest, dass ihres Erachtens nach der Energieverbrauch der Turnhalle Wilhelmstraße zu hoch ausgewiesen sei. FBL Herr Sell erklärt, dass er die Angelegenheit klären werde.

**Haushalt und Haushaltssicherungskonzept :**

Die CDU beantragt zu Produkt 03.01.12 (Seite 238, Ziffer 4) und Hasiko Nr. 11 die „Benutzungsgebühren für Sportanlagen“ zu streichen.

<b><u>Abstimmungsergebnis :</u></b>	dafür	5	Stimmen
	dagegen	13	Stimmen
		-	Stimmenthaltung

Anschließend beantragt die SPD-Fraktion, den Begriff „Benutzungsgebühren“ durch die Worte „Allgemeine Einsparungen im Sportbereich“ zu ersetzen. Der einzusparende Betrag soll weiterhin erhalten bleiben.

<b><u>Abstimmungsergebnis :</u></b>	dafür	13	Stimmen
	dagegen	5	Stimmen
		-	Stimmenthaltung

Die GRÜNEN beantragen zu Produkt 05.01.01 (Seite 277), das Gebäude „Seniorentreff Karl-Siepmann-Straße“ zu veräußern.

<b><u>Abstimmungsergebnis :</u></b>	dafür	2	Stimmen
	dagegen	16	Stimmen
		-	Stimmenthaltung

Zu Produkt 08.02.01 „Sportplätze“ (Seite 377) wird auf Anfrage von der Verwaltung erklärt, dass ein Teilbetrag (Planungskosten 60.000 €) für die Sanierung des Harkortberges in die zweite Änderungsliste aufzunehmen sei.

Die GRÜNEN beantragen zu Produkt 08.03.01 (Seite 384, Zeile 15) „Zuschuss an den Trägerverein“ eine Anhebung auf 100.000 € vorzunehmen; diese Position solle gleichzeitig mit einem Sperrvermerk versehen werden.

BM Herr Hasenberg teilt mit, dass für die kommende Woche Prüftermine zwischen Trägerverein und Rechnungsprüfungsamt vereinbart worden seien. Er gehe davon aus, dass der Sachverhalt in der ersten Fachausschusssitzung des neuen Jahres zu erörtern und zu bewerten sei.

Die GRÜNEN ziehen ihren Antrag zurück.

### **Haushaltssicherungskonzept :**

Die SPD-Fraktion beantragt, die unter der Ziffer 33 (Produkt 12.01.01) aufgeführte Reduzierung für 2009 bei „Straßen, Wege, Plätze“ um 200.000 € zu streichen, da die Sanierungsmaßnahmen für erforderlich gehalten werden.

**Abstimmungsergebnis :** einstimmig

Die GRÜNEN beantragen zu Produkt 12.01.01 (Seite 465), den Bürgersteig für die Hauptstraße in Volmarstein mit Asphalt zu erneuern.

FBL Herr Sell erklärt, dass die vorgesehenen Mittel ausreichen, um die punktuellen Schäden im Bürgersteig beseitigen zu können; gleichzeitig seien noch Absenkungen für Querungen vorgesehen.

Die GRÜNEN ziehen den Antrag zurück.

Die GRÜNEN beantragen zu Produkt 12.01.01 (Seite 465), die Kosten für die Baumerneuerungsmaßnahmen von 35.000 zu streichen.

**Abstimmungsergebnis :**

dafür	2	Stimmen
dagegen	16	Stimmen
	-	Stimmenthaltung

Die GRÜNEN beantragen zu Produkt 12.02.01 (Seite 479), einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 5.000 € für den Bürgerbus einzubringen. Dieser solle nur für den Fall zur Auszahlung kommen, wenn der Verein nicht genügend Mittel durch Sponsoren aufbringe, um den Bürgerbusbetrieb aufrecht zu erhalten. Der Antrag liegt als Anlage 2 zu diesem TOP bei.

BM Herr Hasenberg schlägt vor, das Büro des Bürgerbusvereins in einem Verwaltungsgebäude unterzubringen, um so Mietkosten einsparen zu können. Es wird darauf verwiesen, dass die Öffnungszeiten des Vereinsbüros zu beachten seien.

Die GRÜNEN erklären, ihren Antrag bis zur Sitzung des Rates zurückzustellen.

Zu den Produkten 13.01.01 und 13.01.03 „Öffentliches Grün / Friedhöfe“ (Seiten 492 und 501) wird auf Anfrage der GRÜNEN von der Verwaltung erklärt, dass die Wertansätze für den Friedhof / für die Friedhofskapelle im Protokoll aufgeführt werden.

Hinweis der Verwaltung :

Für die vorläufige Eröffnungsbilanz wurden folgende noch nicht vom Rechnungsprüfungsamt abschließend geprüfte Werte ermittelt :

Friedhofskapelle (incl. Außenanlagen)	189.083,00 €
Wohnhaus (incl. Außenanlagen und Nebengebäude)	37.193,00 €
Grund und Boden für aufstehende Gebäude	90.000,00 €
<u>Friedhofsflächen</u>	<u>202.504,00 €</u>
<u>Gesamtwert Friedhof</u>	<u>518.780,00 €</u>

Die GRÜNEN beantragen zu Produkt 14.01.02 (Seite 524) „Lokale Agenda“ den Ansatz wegen des 10jährigen Jubiläums um 2.500 € anzuheben.

BM Herr Hasenberg erklärt, dass er eine Anhebung um 1.000 /1.500 € für ausreichend erachte, da wegen der Baustelle des Einkaufszentrums in 2009 eine Verlegung (evtl. zum Stadtbetrieb) und somit eine Verkleinerung des Umweltmarktes vorgenommen werden müsse.

Die GRÜNEN erklären, ihren Antrag bis zur Sitzung des Rates zurückzustellen, damit die „Lokale Agenda“ die Möglichkeit habe, die Beträge zu überdenken.

Zum Produktbereich 16 (Seite 550) beantragt die CDU-Fraktion die Verwaltung zu beauftragen, zur Erhebung einer zuverlässigeren Gewerbesteuerschätzung im Rahmen der Haushaltsaufstellung Gespräche mit den 10 größten Gewerbesteuerzahlern im Stadtgebiet Wetter (Ruhr) zu führen.

<b><u>Abstimmungsergebnis :</u></b>	dafür	7	Stimmen
	dagegen	11	Stimmen
		-	Stimmenthaltung

Zum Haushalt 2009 erklärt die CDU-Fraktion, dass ihres Erachtens nach der Ansatz für die Gewerbesteuer zu optimistisch geplant sei.

Die CDU-Fraktion beantragt die Einführung eines effektiven „Zinsmanagements“, weil sie dieses für verbesserungswürdig halte.

<b><u>Abstimmungsergebnis :</u></b>	dafür	5	Stimmen
	dagegen	13	Stimmen
		-	Stimmenthaltung

Weitere Anträge zum Haushalt / Haushaltssicherungskonzept werden nicht gestellt, so dass BM Herr Hasenberg den Stellenplan 2009 zur Beratung aufruft.

## **Stellenplan 2009**

Die SPD-Fraktion beantragt, im Stellenplan 2 zusätzliche Ausbildungsstellen auszuweisen. Dabei solle es der Verwaltung überlassen bleiben, ob Verwaltungsfachangestellte oder Beamtenanwärter ausgebildet werden.

<b><u>Abstimmungsergebnis :</u></b>	dafür	13	Stimmen
	dagegen	5	Stimmen
		-	Stimmenthaltung

### **Protokollnotiz der BFW-Fraktion :**

Die Verwaltung möge eine dieser Ausbildungsstellen vorrangig mit einer/einem Behinderten besetzen.

Die CDU-Fraktion beantragt :

1. Es sollen keine neuen Stellen gegenüber dem Haushaltsplan 2008 geschaffen werden.
2. Es sollen keine Stellenanhebungen gegenüber dem Haushaltsplan 2008 vorgenommen werden.
3. Es soll eine Stellenbesetzungssperre für mindestens 12 Monate beschlossen werden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu Personalausgabeneinsparungen zu erarbeiten. Das Konzept berücksichtigt insbesondere Reduzierungen des über die Pflichtvorgaben hinausgehenden Aufgabenspektrums.

Die GRÜNEN beantragen, über die Ziffern 1 bis 3 und über Ziffer 4 dieses Antrages gesondert abzustimmen.

Es erheben sich keine Bedenken, so zu verfahren.

<b><u>Abstimmungsergebnis zu Ziffer 1. bis 3. :</u></b>	dafür	7	Stimmen
	dagegen	11	Stimmen
		-	Stimmenthaltung

<b><u>Abstimmungsergebnis zu Ziffer 4. :</u></b>	dafür	5	Stimmen
	dagegen	13	Stimmen
		-	Stimmenthaltung

Zum **Haushaltssicherungskonzept** beantragt die CDU-Fraktion, in den Jahren 2011 bis 2014 jährlich 50.000 €, insgesamt somit 200.000 €, an Personalkosten einzusparen.

<b><u>Abstimmungsergebnis :</u></b>	dafür	5	Stimmen
	dagegen	13	Stimmen
		-	Stimmenthaltung

Nachdem weitere Anträge nicht gestellt werden, lässt BM Herr Hasenberg zunächst über die **Haushaltssatzung und den Stellenplan 2009** abstimmen :

Es wird beschlossen, dem Rat zu empfehlen, den Entwürfen der Haushaltssatzung und des Stellenplanes 2009 unter Einbeziehung der inzwischen eingetretenen Änderungen und Ergänzungen sowie der von den Fachausschüssen und dem Hauptausschuss vorgeschlagenen Änderungen zuzustimmen.

<b><u>Abstimmungsergebnis :</u></b>	dafür	11	Stimmen
	dagegen	7	Stimmen
		-	Stimmenthaltung

Anschließend lässt BM Herr Hasenberg über das **Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2014 ( Fortschreibung )** abstimmen :

Das Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2014 ( Fortschreibung ) wird in der Fassung des Beratungsergebnisses beschlossen.

<b><u>Abstimmungsergebnis :</u></b>	dafür	11	Stimmen
	dagegen	7	Stimmen
		-	Stimmenthaltung

FBL Herr Wagener teilt mit, dass die Verwaltung dem Rat noch die Genehmigung einer üpl. Ausgabe aus dem Jugendbereich verlegen werde. Die Vorlage werde mit der Einladung zum Rat am morgigen Tage versandt.

1. AM Frau Stich fragt nach, ob der Verwaltung und den AM bekannt sei, dass die WAZ im Konzern Umstrukturierungen plane.  
Sie erklärt, dass sich die SPD vorbehalte, für die Sitzung des Rates eine Resolution einzubringen.  
BM Herr Hasenberg erklärt, dass er – sollte ihm ein Resolutionstext rechtzeitig vorliegen - diesen noch vor der Ratssitzung mit den Haushaltslisten versenden werde.
  
2. AM Frau Haltaufderheide teilt mit, dass sie von einer Bürgerin aus dem Bereich „Am Wilshause“ wegen Geräuschbelästigungen angesprochen worden sei.  
Sie fragt, ob diese möglicherweise von dem Blockheizkraftwerk des Gymnasiums kommen könne.  
FBL Herr Sell erklärt, dass der Verwaltung diese Problematik seit mehr als einem Jahr bekannt sei. Das Blockheizkraftwerk des Gymnasiums sei zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Betrieb gewesen.  
Seitens des Umweltamtes der Bezirksregierung seien mehrfach Messungen vorgenommen worden. Bei allen Messungen seien Grenzwerte bei weitem nicht erreicht worden. Es sei auch bisher nicht möglich gewesen, die Geräusche zu lokalisieren.
  
3. AM Herr Michaelis kommt auf die Vorträge der Herren Franke und Becke zur Situation der Stadtparkasse und des Sparkassengesetzes im Hauptausschuss und Rat zurück. Beide haben in ihren Vorträgen immer wieder betont, welche kompetente Mitarbeiter/innen sie vor Ort haben.  
Er erklärt, dass er mehr als erstaunt gewesen sei, jetzt zu erfahren, dass die Kleinkreditvergabe von der Sparkasse extern vergeben worden sei und betont, dass er diesen Sachverhalt für sehr problematisch halte.